Landtag Rheinland Pfalz
05.11.2018 13:16
Tgb.-Nr. 5193
201811051316

Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Postfach 3880, 55028 Mainz

An den Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/3911
VORLAGE

BEVOLLMÄCHTIGTE DES LANDES BEIM BUND UND FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN UND DIGITALES

Staatssekretärin
Heike Raab

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Ref. 253-1 Bitte immer angeben		Heike Raab vz.raab@stk.rlp.de	06131 / 16 - 4100 06131 / 16 - 4107

31. Oktober 2018

Betreff: Bericht über die 131. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 8. Oktober bis 10. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Ziffer III. 5. b. der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gem. Art. 89b der Landesverfassung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung" übersende ich beigefügt mit der Bitte um Weiterleitung an den zuständigen Ausschuss eine Information über die Ergebnisse der 130. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen vom 8. Oktober/10. Oktober 2018 in siebenfacher Ausführung.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

Dienstsitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

Dienstsitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin
Telefon 030 / 726291100
Telefax 030 / 726291200

Dienstsitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium
Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333

RheinlandPfalz

STAATSKANZLEI

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**Die Bevollmächtigte
des Landes beim Bund
und für Europa, für Medien und Digitales
informiert**

Ergebnisse der 131. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

vom 8.10.2018 bis 10.10.2018 in Brüssel

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Herausgeberin: Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz
Tel. 06131/16-0
E-Mail: Poststelle@stk.rlp.de

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union,
In den Ministergärten 6, 10117 Berlin,
Tel. 030/7 26 29-1000,
E-Mail: Poststelle-EU@lv.rlp.de

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel,
60, Avenue de Tervuren,
B-1040 Brüssel,
Tel.0032-2-736.97.29,
E-Mail: vertretungbruessel@lv.rlp.de

Am **8. Oktober 2018** fand die offizielle Eröffnungssitzung der 16. Europäischen Woche der Regionen und Städte statt mit der Debatte „Die Zukunft Europas liegt im Zusammenhalt" mit Ausführungen von:

- Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission
- Corina Crețu, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission
- Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

Am **9. Oktober 2018** fand die Debatte über die „Lage der europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte" statt mit Ausführungen von Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments, und Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

Stellungnahmen

TOP 5. Nachdenken über Europa: Die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäische Union, COR-2018-01230-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VI/021, Berichterstatter: Karl-Heinz Lambertz (BE/SPE) und Markku Markkula (FI/EVP)

Mit der Stellungnahme antwortet der AdR auf das Ersuchen des Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, um einen Beitrag zur Debatte über die Zukunft Europas im Hinblick auf das Weißbuch der Europäischen Kommission und das Gipfeltreffen in Sibiu/Rumänien (9. Mai 2019) im Vorfeld der Europawahl 2019 zu liefern.

Die von Präsident Karl-Heinz Lambertz und dem Ersten Vizepräsidenten Markku Markkula gemeinsam ausgearbeitete Stellungnahme stützt sich auf ausgiebige Debatten und Konsultationen von Interessenträgern, Bürgerinnen und Bürgern, AdR-Mitgliedern und ihren Verbänden, auf eine gezielte Studie und Umfrage, die von der London School of Economics durchgeführt wurde, sowie auf eine große Zahl vom AdR organisierter Bürgerdialoge. In der Stellungnahme werden die wichtigsten Herausforderungen für die Europäische Union im Allgemeinen und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Besonderen herausgearbeitet. Darin werden die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch ihre Unzufriedenheit Frust über die EU beschrieben, und die grundlegende Rolle lokaler und regionaler Mandatsträger bei der Vermittlung des Europagedankens und der Wiederherstellung des Vertrauens in die Idee der europäischen Integration und in die demokratischen Institutionen auf allen Ebenen, auch auf EU-Ebene, wird hervorgehoben.

TOP 6. Das Paket für den mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027,COR-2018-02389-00-00-PAC-TRA–COTER-VI/042, Hauptberichterstatter: Nikola Dobroslavić (HR/EVP), Ausführungen von Isabelle Thomas (FR/S&D), MdEP, Berichterstatterin für den Bericht über den nächsten MFR: Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020

Am 2. Mai 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Entwurf eines Vorschlags für einen „pragmatischen, modernen, langfristigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)" für den Zeitraum 2021-2027. Unter Berücksichtigung der neuen Herausforderungen, darunter der Auswirkungen des Brexit auf den EU-Haushalt, zielt der Vorschlag darauf ab, die doppelte Herausforderung gleichermaßen durch Ausgabenkürzungen und durch neue Mittel zu bewältigen. Die Finanzmittel für die neuen und wichtigsten Prioritäten der EU sollen beibehalten beziehungsweise verstärkt werden, was zwangsläufig Kürzungen in anderen Bereichen zur Folge hat. Durch die Konzentration auf die Bereiche, in denen sich die EU in der besten Ausgangsposition befindet, zielt der Vorschlag auf einen Haushalt für ein Europa ab, das schützt, stärkt und verteidigt

Die Stellungnahme sieht Verbesserungsbedarf, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und den Bedürfnissen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gerecht zu werden:

TOP 7.Horizont Europa, das 9. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, COR-2018-03891-00-01-PAC-TRA – SEDEC-VI/041, Hauptberichterstatter: Christophe Clergeau (FR/SPE)

Mit Blick auf den EU-Haushalt 2021-2027 schlägt die Kommission vor, 100 Milliarden Euro für Forschung und Innovation im Rahmen des Programms „Horizont Europa" vorzusehen, das auf dem vorherigen F&I-Programm Horizont 2020 aufbaut. Die vorgeschlagene Mittelausstattung umfasst 97,6 Milliarden Euro für Horizont Europa (davon 3,5 Milliarden Euro für den Fonds „InvestEU") und 2,4 Milliarden Euro für das Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung. Zu den Neuerungen gehören: der Europäische Innovationsrat (EIC), der der EU im Bereich marktschaffender Innovation die Führungsposition sichern soll; neue EU-weite Forschungs- und Innovationsaufträge, die sich auf gesellschaftliche Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren; optimale Nutzung des Innovationspotenzials in der gesamten EU: Verdopplung der Unterstützung für Mitgliedstaaten, die einen Rückstand aufweisen, und Schaffung von Synergien mit den Struktur- und Kohäsionsfonds; mehr Offenheit: Der Grundsatz einer „offenen Wissenschaft" stellt den Modus Operandi von Horizont Europa dar; und schließlich eine neue Generation europäischer Partnerschaften und verstärkte Zusammenarbeit mit anderen EU-Programmen.

TOP 8. Der Europäische Meeres- und Fischereifonds, COR-2018-03660-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/035, Hauptberichterstatterin: Nathalie Sarrabezolles (FR/SPE)

Zusammen mit anderen einschlägigen Fonds unter der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen wurde der Entwurf des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) im Juni 2018 veröffentlicht. Im Vorschlag für den EMFF nach 2020 geht es (anstelle der alten Ziele) schwerpunktmäßig um vier Prioritäten: (1) Förderung nachhaltiger Fischereien und Erhaltung der biologischen Meeresressourcen, (2) Beitrag zur Ernährungssicherheit in der Union durch wettbewerbsfähige und nachhaltige Aquakultur und Märkte, (3) Ermöglichung des Wachstums einer nachhaltigen blauen Wirtschaft und Förderung florierender Küstengemeinschaften sowie (4) Stärkung der internationalen Meerespolitik und Schaffung sicherer, geschützter, sauberer und nachhaltig bewirtschafteter Meere und Ozeane. Der EMFF-Haushalt mit seinem (um 5 % gekürzten) Umfang von 6,14 Mrd. Euro für die Jahre 2021-2027 wird hauptsächlich durch direkte und indirekte Mittelverwaltung bereitgestellt.

TOP 9. Europäische Arbeitsbehörde, COR-2018-02670-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/038, Hauptberichterstatterin: Doris Kampus (AT/SPE)

Der Vorschlag für eine Verordnung sieht die Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) vor, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU und zur Deckung angehen und auf die Erfordernisse der rund 17 Millionen Europäerinnen und Europäer eingehen soll, die in

einem Mitgliedstaat leben oder arbeiten, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen. In der Stellungnahme wird die Zielsetzung des Vorschlags begrüßt, durch die Einrichtung der ELA eine wirksamere Anwendung des Unionsrechts im Bereich der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität und Koordinierung der sozialen Sicherheit zu gewährleisten. Es wird darin betont, dass Unregelmäßigkeiten bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, der Niederlassungsfreiheit und der Dienstleistungsfreiheit soziale, wirtschaftliche und budgetäre Nachteile für die Regionen, Städte und Gemeinden sowie für deren Bürger zur Folge haben. Die Berichterstatterin unterstützt die operative Rolle der ELA, weist jedoch darauf hin, dass ihre Aufgaben und Kompetenzen klar definiert sein sollten.

TOP 10. Asyl- und Migrationsfonds, COR-2018-04007-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VI/035, Hauptberichterstatter: Peter Bossman (SI/SPE)

In der Stellungnahme wird zwar die in den Kommissionsvorschlägen vorgesehene insgesamt höhere Mittelausstattung für Migration begrüßt, doch wird auch Kritik geäußert wegen des Ungleichgewichts zwischen der sehr deutlichen Aufstockung für den Grenzschutz und die damit zusammenhängenden Agenturen (insbesondere Frontex) und der wesentlich geringeren Anhebung der Mittel für andere Aspekte der Migration, wie Asyl, legale Einwanderung, Aufnahme und Integration. Außerdem wird in der Stellungnahme auf den Bedarf an Koordination und Synergien zwischen den verschiedenen Finanzierungsinstrumenten der EU verwiesen, ebenso wie auf die Notwendigkeit, den Europäischen Sozialfonds Plus finanziell besser auszustatten, durch den gemäß dem neuen Vorschlag langfristige Integrationsmaßnahmen unterstützt werden sollen. Die wichtige Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in allen Aspekten der Migration wird hervorgehoben, weswegen sicherzustellen ist, dass die relevanten Finanzierungsinstrumente für sie zugänglich und bedarfsgerecht sind.

TOP 11. Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE), COR-2018-03653-00-00-PAC-TRA – ENVE-VI/035, Hauptberichterstatter: Marco Dus (IT/SPE)

Das LIFE-Programm ist das Schlüsselinstrument der Europäischen Union zur Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, Schutz der biologischen Vielfalt und grüne Infrastruktur. Im neuen Vorschlag der Kommission (für LIFE im Rahmen des MFR 2021-2027) würden Maßnahmen für saubere Energie, die zuvor im Rahmen des Programms "Horizont 2020" finanziert worden waren, ebenfalls unter LIFE fallen. Insgesamt würde das Programm laut Kommissionsvorschlag ein Volumen von 5,9 Milliarden Euro haben, was einem deutlichen Anstieg gegenüber dem 3,5-Mio-Euro in den Jahren 2014-2020 entspricht.

Die AdR-Stellungnahme des italienischen SPE-Mitglieds Marco Dus begrüßt die vorgeschlagene Aufstockung des LIFE-Programms, betont jedoch auch, dass dieses ein neues Tätigkeitsfeld einschließt (d. h. die zuvor anders finanzierte Aktion für saubere Energie).

TOP 13. Entwurf einer Entschließung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets und mit Blick auf den Jahreswachstumsbericht 2019, COR-2018-03900-00-PRES-TRA – RESOL-VI/032

Wie jedes Jahr im Oktober sind die Fraktionen der EVP, SPE, ALDE, EA und EKR auf der Grundlage von Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe a) der Geschäftsordnung des AdR übereingekommen, dem Plenum des AdR den Entwurf einer Entschließung mit Blick auf den Jahreswachstumsbericht 2019 vorzulegen. Auf der Grundlage einer vom AdR durchgeführten Analyse der länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters bietet der Entschließungsentwurf dem AdR die Gelegenheit, Empfehlungen zum Jahreswachstumsbericht 2019 auszusprechen und sich dadurch zum Bericht des Europäischen Parlaments zum selben Thema zu äußern. Mit der Verabschiedung der Entschließung erfüllt der AdR seine Aufgabe im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, die beide das Europäische Semester betreffen. In den vergangenen Jahren fanden wesentliche Teile der Entschließungen des AdR zum Europäischen Semester Eingang in die einschlägigen Berichte des EP.

TOP 15. Fazilität „Connecting Europe", COR-2018-03598-00-00-PAC-TRA – COTER-VI/050 Hauptberichterstatterin: Isabelle Boudineau (FR/SPE)

Am 6. Juni 2018 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine neue Verordnung zu der Fazilität „Connecting Europe" („CEF") vor, die finanzielle Unterstützung der EU für transeuropäische Netze vorsieht, um Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastrukturen zu unterstützen und potenzielle Synergien zwischen diesen Sektoren zu nutzen.

Die Stellungnahme begrüßt den Vorschlag der Kommission, die Fazilität „Connecting Europe" zu verlängern und zu ändern, und schlägt die Förderung grenzübergreifender Projekte vor, unter anderem durch die Nutzung von EVTZ bzw. des Mechanismus zur Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse im grenzüberschreitenden Kontext, wie von der Kommission von der Kommission für den Zeitraum 2021-2027 vorgeschlagen wird. EVTZ sollten – ungeachtet der ihnen übertragenen Zuständigkeiten – bei allen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen der CEF förderfähig sein.

TOP 16. Programm „Rechte und Werte", COM(2018) 383 final, COR-2018-03994-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VI/034, Hauptberichterstatter: François Decoster (FR/ALDE)

Gegenstand der Stellungnahme ist der Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Aufstellung des Programms „Rechte und Werte" im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, durch das in dem Siebenjahreszeitraum 642 Mio. Euro zur Förderung des Schutzes der Bürgerrechte und der EU-Werte sowie der aktiven Bürgerschaft bereitgestellt werden.

In der von François Decoster (FR), Mitglied der ALDE-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender der Fachkommission CIVEX, ausgearbeiteten Stellungnahme wird der vorgeschlagene Fonds zwar begrüßt, doch wird gleichzeitig bedauert, dass das Gesamtvolumen des Fonds nicht erhöht wurde, obwohl neue „Aufgaben" (wie die Unterstützung für Europäische Bürgerinitiativen) aus diesem Budget finanziert werden sollen. Der Berichterstatter schlägt außerdem vor, ein spezielles Projekt darin aufzunehmen, für das er selbst im AdR und in der Task Force für Subsidiarität geworben hat, nämlich die Schaffung eines Erasmus-ähnlichen Austauschprogramms für lokale und regionale Mandatsträger repräsentatives, über die er in diesem Jahr eine Stellungnahme verfasst hat. In diesem Zusammenhang schlägt er auch eine Umschichtung einiger Finanzmittel innerhalb des Programms vor.

10. Oktober 2018

TOP 17. Der Beitrag der Städte und Regionen der EU zur 14. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 14) und zur EU-Biodiversitätsstrategie nach 2020, Prospektivstellungnahme, COR-2018-01019-00-00-PAC-TRA – ENVE-VI/031, Berichterstatter: Roby Biwer (LU/SPE)

Die 14. Sitzung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP14) wird im November 2018 in Sharm El Sheikh, Ägypten, stattfinden. Dies wird ein entscheidender Moment sein, um Ressourcen zu mobilisieren und die Anstrengungen zur Umsetzung der Aichi-Biodiversitätsziele für 2020 zu stärken und Vorbereitungen für einen neuen strategischen Plan zur Eindämmung des Verlusts der biologischen Vielfalt und zur Wiederherstellung der Ökosysteme bis 2050 weltweit zu treffen. Der AdR hat daher beschlossen, eine Initiativstellungnahme zu erarbeiten, die als Grundlage für die Beteiligung des AdR-Berichterstatters auf der CDB-Konferenz dienen soll.

In der Stellungnahme wird die zentrale Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der erfolgreichen Umsetzung der CBD-Ziele und im weiteren Sinne des Strategieplans hervorgehoben. Diese Rolle spielt eine noch größere Rolle bei der Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020 und im Hinblick auf den künftigen EU-Rahmen für die biologische Vielfalt nach 2020.

TOP 18. Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft, COR-2018-00925-00-02-PAC-TRA – ENVE-VI/029, Berichterstatter: André Van de Nadort (NL/SPE)

Die Europäische Kommission hat im Januar 2018 eine "Europäische Strategie für Kunststoffe in einer Kreislaufwirtschaft" verabschiedet, in der die zentrale Rolle von Kunststoff in unserem derzeitigen Wirtschaftsmodell sowie die Probleme und das wirtschaftliche Potenzial von Kunststoffabfällen, die derzeit wiederverwendet werden, hervorgehoben werden, welche nur zu einem sehr kleinen Prozentsatz recycelt werden und Land und Meer verunreinigen. Im Zuge der Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft müssten neben der Entwicklung alternativer Werkstoffe auch die Kunststoffproduktion, das Produktdesign sowie die Trennung und Sammlung von Kunststoffabfällen und das Recycling erheblich weiterentwickelt werden.

TOP 19 Vorschlag für eine Richtlinie über Einwegkunststoffe, COR-2018-03652 00-00-PAC-TRA – ENVE-VI/033, Hauptberichterstatterin: Sirpa Hertell (FI/EVP)

Am 28. Mai 2018 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Verringerung der Umweltauswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte (Kurztitel: "Vorschlag für eine Einwegkunststoffrichtlinie") veröffentlicht. Dieser Vorschlag enthält neue EU-weite Vorschriften für die zehn Einwegprodukte aus Kunststoff, die am häufigsten an Europas Stränden und Meeren zu finden sind. Insbesondere beinhaltet er ein Verbot bestimmter Produkte (Besteck, Teller, Strohhalme ...), was in den Medien große Beachtung gefunden hat. Die Vorschläge enthalten auch (möglicherweise umstrittene) Ziele zur Verringerung des Verbrauchs (z. B. für Kunststoffbehälter und Getränkebecher); erweiterte Herstellerverantwortung, Sensibilisierungsmaßnahmen, getrennte Sammelziele (90% der Einweggetränke aus Kunststoff bis 2025) und Etikettierungsvorschriften.

TOP 20. Sport in der Agenda der EU nach 2020, Initiativstellungnahme, COR-2018-01664-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/037, Berichterstatter: Roberto Pella (IT/EVP)

In dieser Stellungnahme wird eine Bestandsaufnahme bestehender Sportinitiativen vorgenommen. Mit Blick auf eine stärkere Hebelwirkung und größere Durchdringung anderer Politikbereiche der EU werden die Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Politikbereich beleuchtet. Der Berichterstatter unterstreicht, dass der Sportsektor stark mit anderen Produktionsbereichen verknüpft ist und direkt und indirekt zur Wertschöpfung beitragen kann. Er betont, dass die körperliche Betätigung und der Zugang zum Sport für alle Altersgruppen und unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund gefördert werden müssen. In der Stellungnahme wird auch die Bedeutung der Sportdiplomatie hervorgehoben.

TOP 21. Saubere Häfen, saubere Meere – Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen, COR-2018-01190-00-01-PAC-TRA – COTER-VI/041, Berichterstatter: Spyros Spyridon (EL/EVP)

Am 16. Januar 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Legislativvorschlag für eine neue Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen, in dem meeresbezogene Quellen der Meeresverschmutzung thematisiert werden (COM/2018/033). Er ist Teil eines Gesamtpakets zur Verringerung der Kunststoffabfälle im Rahmen der europäischen Strategie für Kunststoffabfälle. Die Bereitstellung einer angemessenen Infrastruktur für die Abfallentsorgung in Häfen ist für saubere Meere von entscheidender Bedeutung.

Aus diesen Gründen hat die EU die Richtlinie 2000/59/EG vorgelegt, wonach die Bereitstellung geeigneter Auffangeinrichtungen in den Häfen verpflichtend ist. Mehr als 15 Jahre nach ihrem Inkrafttreten bedarf die Richtlinie einer legislativen Aktualisierung.

TOP 22. Paket Steuergerechtigkeit, Initiativstellungnahme, COR-2018-02180-00-02-PAC-TRA – ECON-VI/033, Berichterstatter: Paul Lindquist (SE/EVP)

Diese Stellungnahme betrifft zwei Richtlinienvorschläge – einen Vorschlag, der den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Änderung der Mehrwertsteuersätze für verschiedene Produkte einräumt, und einen weiteren Vorschlag für neue vereinfachte Vorschriften zur Verringerung der Mehrwertsteuerbefolgungskosten für kleine Unternehmen. Derzeit enthält die MwSt-Richtlinie einen Anhang, in dem Waren und Dienstleistungen aufgeführt sind, für die ermäßigte Sätze gelten können (zwischen 5 % und dem Standardsatz von 15 %). Darüber hinaus wurden den Mitgliedstaaten mehr als 250 Ausnahmeregelungen gewährt, die es ihnen gestatten, auf bestimmte Produkte Steuersätze unter 5 % oder einen Nullsteuersatz anzuwenden. Die von der Kommission vorgeschlagenen neuen Vorschriften würden es den Mitgliedstaaten ermöglichen, zusätzlich zu zwei ermäßigten Sätzen von mindestens 5 % einen weiteren ermäßigten Satz zwischen 0 % und 5 % anzuwenden. Darüber hinaus könnten die Mitgliedstaaten für bestimmte Waren einen Nullsteuersatz festlegen. Anstelle einer Positivliste von Produkten und Dienstleistungen, für die ermäßigte Sätze gelten können, schlägt die Kommission eine Negativliste von Waren und Dienstleistungen vor, für die ermäßigte Sätze nicht in Frage kommen. Dazu gehören u. a. Alkohol, Tabak, Fahrzeugpflege, Gas, Öl, Elektrogeräte, Musikinstrumente, Kunstwerke usw. Die Mitgliedstaaten werden jedoch sicherstellen müssen, dass die ermäßigten Steuersätze dem Endverbraucher zugutekommen und dass mit der Festsetzung dieser Steuersätze „ein Ziel von allgemeinem Interesse" verfolgt wird. Die Mitgliedstaaten müssen außerdem sicherstellen, dass der durchschnittliche MwSt-Satz, gewichtet nach der Größe der Sektoren, über 12 % liegt.

TOP 23. Aktionsplan für digitale Bildung, Initiativstellungnahme, COR-2018-02710-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/039, Berichterstatter: Domenico Gambacorta (IT/EVP)

Im vorgeschlagenen Aktionsplan wird dargelegt, wie die EU die Bürgerinnen und Bürger, Bildungseinrichtungen und Bildungssysteme dabei unterstützen kann, sich besser an ein Leben und Arbeiten im Zeitalter des rasanten digitalen Wandels anzupassen, insbesondere durch 1) bessere Nutzung digitaler Technologien im Unterricht und zu Lernzwecken; 2) Entwicklung der erforderlichen Fertigkeiten und Kompetenzen für das Leben und Arbeiten im Zeitalter des digitalen Wandels und 3) bessere Bildung durch aussagekräftigere Datenanalysen und Prognosen. Zu den Initiativen gehören die Bereitstellung von Hochgeschwindigkeits-Breitbandverbindungen an Schulen, ein neues Instrument zur Selbsteinschätzung der

digitalen Fähigkeiten von Schulen bei der Nutzung der Technologien im Unterricht und zu Lernzwecken (SELFIE) und eine öffentliche Sensibilisierungskampagne zur Internetsicherheit, Medienkompetenz und Cyber-Hygiene.

TOP 24 Ein stärkeres Europa aufbauen: Die Rolle der Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik, COR-2018-03952-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/045, Hauptberichterstatterin: Gillian Ford (UK/EA)

Die Mitteilung gibt einen umfassenden Überblick über die Bereiche Bildung, Kultur und Jugend, während die Empfehlungen – a) zur automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Lernzeiten im Ausland, b) zu hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung und c) zum Lernen und Lehren von Sprachen – in erster Linie mit der Schaffung eines europäischen Bildungsraums bis 2025 zusammenhängen.
Zu den konkreten Maßnahmen zählen a) freiwilliges Engagement der Mitgliedstaaten für eine automatische Anerkennung mit anschließendem schrittweise technischem Ansatz, um so Vertrauen in die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in den anderen Mitgliedstaaten aufzubauen; b) Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Festlegung eines Qualitätsrahmens für die Bereiche Zugang, Personal, Bildungsprogramme, Monitoring und Evaluierung von Kinderbetreuung; und c) Möglichkeit der Teilnahme am Fremdsprachenunterricht in mindestens zwei Sprachen vom jüngsten Kindesalter an, für alle Europäerinnen und Europäer (dieses Ziel wurde vom Europäischen Rat bereits 2002 in Barcelona festgelegt, von den Mitgliedstaaten jedoch nicht erreicht). Die Kommission schlägt eine Berichterstattung über das Lernen von Fremdsprachen vor, die überwacht wird und zwischen den Mitgliedstaaten kompatibel ist.

TOP 25. Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU, COR-2018-02837-00-02-PAC-TRA – NAT-VI/031, Hauptberichterstatter: Miloslav Repaský (SK/EA)

Der Legislativvorschlag der Europäischen Kommission knüpft an die Erkenntnisse aus der Eignungsprüfung der Verordnung über das allgemeine Lebensmittelrecht an sowie an die europäische Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden". Der Anwendungsbereich des Vorschlags bleibt auf gezielte Änderungen im Zusammenhang mit Transparenz und Nachhaltigkeit der Risikobewertung und der Risikokommunikation in der Lebensmittelkette begrenzt.

TOP 26. Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher, Initiativstellungnahme, COR-2018-02839-00-01-PAC-TRA – NAT-VI/032, Hauptberichterstatter: Samuel Azzopardi (MT/EVP)

Bei der am 11. April 2018 veröffentlichten „Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher" geht es um eine bessere Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften, insbesondere unter Berücksichtigung der digitalen Entwicklungen. Das zweite Ziel besteht darin, die illegalen Praktiken zu stoppen und den Rechtsschutz für Verbraucher zu verbessern, deren Rechte oft in einer Weise gekränkt werden, dass Massenschäden auftreten. Anzumerken ist, dass mit Ausnahme von Italien, Spanien, Deutschland, Österreich und Belgien in den meisten Mitgliedstaaten der Schutz und die Durchsetzung der Verbraucherrechte eine Angelegenheit der nationalen Ebene sind.

Titel	AZ	Berichterstatter	Ergebnis
Nachdenken über Europa: Die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäische Union	COR-2018-01230-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VI/021	**Karl-Heinz Lambertz** (BE/SPE) und **Markku Markkula** (FI/EVP)	einstimmig
Das Paket für den mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027	COM(2018) 321 final; COM(2018) 322 final; COM(2018) 323 final; COM(2018) 324 final; COM(2018) 325 final; COM(2018) 326 final; COM(2018) 327 final; COM(2018) 328 final; COR-2018-02389-00-00-PAC-TRA – COTER-VI/042	**Nikola Dobroslavić** (HR/EVP)	mehrheitlich
Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)	COM(2018) 385 final; SWD(2018) 293 final; SWD(2018) 292 final; COR-2018-03653-00-00-PAC-TRA – ENVE-VI/035	**Marco Dus** (IT/SPE)	mehrheitlich

Horizont Europa, das 9. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation	COM(2018) 435 final; COM(2018) 436 final; 0SWD(2018) 307 final; SWD(2018) 308 final; SWD(2018) 309 final; COR-2018-03891-00-01-PAC-TRA – SEDEC-VI/041	**Christophe Clergeau** (FR/SPE)	einstimmig
Fazilität „Connecting Europe“	COM(2018) 438 final; SWD(2018) 312 final; SWD(2018) 313 final; COR-2018-03598-00-00-PAC-TRA – COTER-VI/050	**Isabelle Boudineau** (FR/SPE)	einstimmig
Der Europäische Meeres- und Fischereifonds	COM(2018) 390 final; SWD(2018) 295 final; COR-2018-03660-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/035	**Nathalie Sarrabezolles** (FR/SPE)	mehrheitlich
Europäische Arbeitsbehörde	COM(2018) 131 final; SWD(2018) 69 final; SWD(2018) 68 final; SWD(2018) 80 final; COR-2018-02670-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/038	**Doris Kampus** (AT/SPE)	

Programm „Rechte und Werte“	COM(2018) 383 final; SWD(2018) 290 final; SWD(2018) 291 final; COR-2018-03994-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VI/034	**François Decoster** (FR/ALDE)	einstimmig
Entwurf einer Entschließung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets und mit Blick auf den Jahreswachstumsbericht 2019	COR-2018-03900-00-PRES-TRA – RESOL-VI/032		mehrheitlich
Asyl- und Migrationsfonds	COM(2018) 471 final SWD(2018) 347 final SWD(2018) 348 final COR-2018-04007-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VI/035	**Peter Bossman** (SI/SPE)	mehrheitlich
Der Beitrag der Städte und Regionen der EU zur 14. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 14) und zur EU-Biodiversitätsstrategie nach 2020 Prospektivstellungnahme	COR-2018-01019-00-00-PAC-TRA – ENVE-VI/031	**Roby Biwer** (LU/SPE)	einstimmig
Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft	COM(2018) 28 final SWD(2018) 16 final COR-2018-00925-00-02-PAC-TRA – ENVE-VI/029	**André Van de Nadort** (NL/SPE)	mehrheitlich
Vorschlag für eine Richtlinie über Einwegkunststoffe	COM(2018) 340 final SWD(2018) 254 final SWD(2018) 255 final SWD(2018) 256 final SWD(2018) 257 final COR-2018-03652-00-00-PAC-TRA – ENVE-VI/033	**Sirpa Herteh** (FI/EVP)	mehrheitlich

Sport in der Agenda der EU nach 2020 Initiativstellungnahme	COR-2018-01664-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/037	**Roberto Pella** (IT/EVP)	einstimmig
Saubere Häfen, saubere Meere – Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen	COM(2018) 33 final SWD(2018) 21 final SWD(2018) 22 final COR-2018-01190-00-01-PAC-TRA – COTER-VI/041	**Spyros Spyridon** (EL/EVP)	einstimmig
Paket Steuergerechtigkeit Initiativstellungnahme	COM(2018) 20 final COM(2018) 21 final SWD(2018) 7 final SWD(2018) 8 final COR-2018-02180-00-02-PAC-TRA – ECON-VI/033	**Paul Lindquist** (SE/EVP)	einstimmig
Aktionsplan für digitale Bildung Initiativstellungnahme	COM(2018) 22 final SWD(2018) 12 final COR-2018-02710-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/039	**Domenico Gambacorta** (IT/EVP)	mehrheitlich
Ein stärkeres Europa aufbauen: Die Rolle der Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik	COM(2018) 268 final COM(2018) 270 final COM(2018) 271 final COM(2018) 272 final COM(2018) 272 final/2 COR-2018-03952-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/045	**Gillian Ford** (UK/EA)	mehrheitlich
Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU	COM(2018) 179 final SWD(2018) 97 final COR-2018-02837-00-02-PAC-TRA – NAT-VI/031	**Miloslav Repaský** (SK/EA)	mehrheitlich

Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher Initiativstellungnahme	COM(2018) 184 final COM(2018) 185 final COR-2018-02839-00-01-PAC-TRA – NAT-VI/032	**Samuel Azzopardi** (MT/EVP)	mehrheitlich